

Ulrich Thielemann

Ökonomik nach der Krise: Das Ende der Marktgläubigkeit

Die Finanzkrise hat den Glauben in die „heilbringenden“ Eigenschaften ungebremster Märkte erschüttert. „Bei dem Debakel an der Wall Street sind mehr als nur Bankenimperien zusammengebrochen. Es ist ein ganzes Weltbild eingestürzt, dessen Haupt- und Kernthese lautete: Der Markt heilt sich selbst.“¹ Angetrieben von radikalen Ökonomen, die im Wettbewerb ein „Entdeckungsverfahren“ für die richtige Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft im Ganzen erblicken, hat die Marktgläubigkeit zunächst die konservativen politischen Strömungen (Thatcherismus, Reagonomics) und dann die Sozialdemokratie (New Labour) ergriffen. Nun verkünden politische Kommentatoren den „Bankrott der Metaphysik des Marktes“². Angesichts des „offenkundigen Versagens einer überbordenden Markt-Ideologie“³, wird der Verweis auf eine „höhere Vernunft des Marktes“ nun als „billige Rede“ entlarvt.⁴

Auch und gerade politische Entscheidungsträger wie etwa Horst Seehofer registrieren mit „großer Genugtuung, dass dieses Gesellschafts- und Wirtschaftsbild der letzten Jahre zusammengebrochen ist“⁵. Die SPD sieht „uns in einer Zeitenwende“, und diese besteht darin, dass „das marktradikale Zeitalter ... gescheitert“ sei.⁶ „Le

laissez-faire, c'est fini.“ Mit diesen Worten hatte der französische Staatspräsident, Nicolas Sarkozy, das Ende der Marktgläubigkeit verkündet.⁷ Bislang galt aus seiner Sicht offenbar die Doktrin „der Allmacht des Marktes, der durch keinerlei Regulierung behindert werde dürfe“; dies sei, wie sich nun herausstelle, eine „verrückte Idee“ gewesen.

Weite Teile der Politik, ebenso wie zahlreiche politische Beobachter, sehen in den „Lehrbüchern ... der politischen Ökonomie ... die Drehbücher der gegenwärtigen Krise“.⁸ Sie fordern daher eine „fundierte Kritik an der Wissenschaft der politischen Ökonomie“. Diese „ist nackt, ihre Lehrbücher müssen umgeschrieben werden.“⁹ Zahlreich sind die Forderungen und beinahe ebenso zahlreich die Versicherungen, dass sich die Curricula an den Wirtschaftsfakultäten ändern müssen.¹⁰

„Ordnungspolitiker“ versus „Mathematiker“

Vor diesem, hier nur knapp skizzierten Hintergrund der Infragestellung der Ökonomik in ihrer gegenwärtigen Ausrichtung im Ganzen spielt sich auch die gegenwärtige Kontroverse innerhalb der Disziplin ab. Zwar nehmen die 83 Professorinnen und Professoren, die für die Erhaltung einer sich

primär in sinnhafter Rede artikulierenden Wirtschaftstheorie plädieren und die in der Dominanz der Modellökonomik mit ihrer „formalen [mathematischen] Rigorosität“ eine Fehlentwicklung sehen, nicht direkt Bezug auf die Finanzkrise.¹¹ Doch sprechen auch sie von einem zumindest möglichen „Versagen in der realen Wirtschaftspolitik“.

Der Aufruf der „Ordnungspolitiker“ hat auf Seiten der „Mathematiker“ sofort zu Gegenreaktionen geführt. Sie argumentieren vorrangig gewissermaßen „wissenschafts-ökonomisch“ (also nicht, jedenfalls nicht nur, an der Sache orientiert, womit sie die Kritik ihrer Gegner unfreiwillig ein Stück weit bestätigen), indem sie im Aufruf der „Ordnungspolitiker“ einen Versuch der „Zementierung international nicht wettbewerbsfähiger Strukturen an deutschen VWL-Fakultäten“ erblicken.¹² Ähnlich wie Manager bezüglich ihrer Millionenvergütungen rufen sie dazu auf, sich an „internationalen (sprich: US-amerikanischen) Standards und Strukturen“ auszurichten. Eher unfreiwillig dürfte auch ihr Eingeständnis sein, von der „gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise“ überrascht worden zu sein. Diese stelle „neue Herausforderungen“, wobei für ein „tieferes Verständnis“ der Krise an die „führenden Einsichten der Wissenschaft“ anzuknüpfen sei, „um so die praktische Wirtschaftspolitik und die Öffentlichkeit auf wissenschaftlich solider Basis noch besser informieren und beraten zu können.“

¹ J. Jessen, E. Finger, T. Assheuer: Pleite der letzten Utopie, in: Die Zeit vom 25.9.2008.

² F. Schirrmacher: Was wird morgen sein?, faz.net, 11.9.2008.

³ Neue Zürcher Zeitung vom 11.10.2008.

⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.9.2008.

⁵ Der Spiegel vom 16.2.2009.

⁶ SPD: Regierungsprogramm 2008–2012.

⁷ N. Sarkozy: Le discours de Nicolas Sarkozy à Toulon, in: Le Monde vom 25.9.2008.

⁸ C. Geyer: Rot stellt sich tot, faz.net, 8.4.2009.

⁹ Ebenda.

¹⁰ Vgl. etwa Süddeutsche Zeitung vom 3.6.2009; Financial Times Deutschland vom 17.4.2009; The New York Times vom 15.3.2009.

¹¹ R. Ohr: Rettet die Wirtschaftspolitik an den Universitäten!, www.faz.net, 27.4.2009.

¹² H. Uhlig: Baut die deutsche VWL nach internationalen Standards um!, in: Handelsblatt, 8.6.2009.

„Noch besser“? Diese „führenden Einsichten“ haben die Ökonomen, von wenigen Ausnahmen abgesehen (vor allem Robert Shiller und daran anknüpfend Dean Baker), weder in die Lage versetzt, die Krise zu prognostizieren (was übrigens für Dean Baker rätselhaft ist;¹³ dies dürfte damit zusammenhängen, dass er meint, hierfür hätte es nur „des ökonomischen Basiswissens“ bedurft¹⁴). Noch – und natürlich wichtiger – haben diese „führenden Einsichten“ der Ökonomen die Krise verhindern können. Offenbar trifft das Gegenteil zu. Denn hier haben Akteure – auf der Ebene der Individuen, der Unternehmen (Banken), der Wirtschafts- und der Währungspolitik – offenkundig auf der Basis dieser „führenden Einsichten“ der Ökonomen, die an den Hochschulen ja dann auch gelehrt wurden, agiert.

Ein Streit zwischen Marktgläubigen

Der Streit innerhalb der Ökonomik ist im Wesentlichen ein Streit zwischen Marktgläubigen, zwischen implizitem (vor allem die „Mathematiker“) und explizitem Ökonomismus (viele der „Ordnungspolitiker“). Aus der Sicht des „Mathematikers“ Thomas P. Gering ist es von vornherein ein Streit darum, wie die „gesellschaftliche Akzeptanz“ der Ökonomik zu retten sei.¹⁵ Vielleicht sollte man dann lieber Marketingexperten einschalten. Oder das „Pflichtfach „Wirtschaft“ in der Schule“ etablieren, um „das fehlende Verständnis“ der unter zahlreichen „kognitiven“ und „ethischen Biases“ leidenden „Laien“, d.h. der Bürger, „für wirtschaftli-

¹³ D. Baker: Die Macht der Finanzindustrie begrenzen, Interview, in: Manager Magazin vom 23.2.2009.

¹⁴ D. Baker: Actually the Economic Crisis Did Not Start in Finance, 6.6.2009, www.prospect.org/csnc/blogs/beat_the_press.

¹⁵ T. P. Gering: Schadet es, wenn Ökonomen rechnen können?, faz.net, 11.5.2009.

che Zusammenhänge“ zu korrigieren, „um Reformwiderstände zu überwinden“.¹⁶

Solche Ansinnen, die ins Rubrum Ideologieplanung fallen und einer liberalen Gesellschaft unwürdig sind, werden von Ökonomen kaum je zurückgewiesen und finden auch problemlos Unterschlupf in den einschlägigen Journals – selbstverständlich double blinded reviewed. Dies hat mehrere Gründe – wenn wohl auch letztlich einen Grund: Marktgläubigkeit, d.h. der Glaube ans Prinzip Markt als dem Inbegriff praktischer (ethischer) Vernunft. (Der Streit, wie dieses auszulegen ist, ist ein innerökonomischer Streit.) Da ist zum einen die wissenschaftlich festgestellte „erstaunliche Homogenität“ innerhalb der „Glaubensgemeinschaft der Ökonomen“ (Hans Christoph Binswanger) darüber, was eine gute und richtige Wirtschaftspolitik sei.¹⁷ Friedrich Breyer dürfte mit seiner Einschätzung richtig liegen, dass „die Ökonomen“ die „konsequen- testen Fürsprecher des Marktes“ bzw. des Prinzips Markt sind, ebenso wie damit, dass der „Rest der Bevölkerung“ dies anders sieht.¹⁸ Denn die Ökonomen sehen im Markt nur „wohltuende Wirkungen“ (Breyer) – oder vielleicht „netto“ „wohltuende Wirkungen“? –, wohingegen viele Bürger ganz praktisch erfahren, dass der globale Wettbewerb zunehmend eher das Gegenteil von „wohltuenden Wirkungen“ erzeugt. Wachsende Einkommens- und Vermögensdispa-

¹⁶ D. H. Ernste, A. Haferkamp, D. Fettenhauer: Unterschiede im Denken zwischen Ökonomen und Laien. Erklärungsansätze zur Verbesserung der wirtschaftspolitischen Beratung, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, Vol. 10, Nr. 1, 2009, S. 60-78, hier S. 74 f.

¹⁷ Vgl. D. H. Ernste u.a., a.a.O., S. 60 und die dort angegebene Literatur.

¹⁸ F. Breyer: Die Chancen der Sozialen Marktwirtschaft und die Rolle der Ökonomen, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, Vol. 9, Nr. 2, 2008, S. 125-138, hier S. 129 f.

ritäten (das Wachstum der letzten Jahre ging im Wesentlichen ans Kapital), zunehmender Stress, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und ein konsequent in Opportunitätskosten denkendes, ökonomisch radikalisiertes Management, welches „seine“ Mitarbeiter als „Humankapital“ begreift und behandelt, sollten hier als Stichworte genügen.

Diese Einigkeit findet sich auch, von der einen oder anderen Ausnahme abgesehen, zwischen den Kontrahenten. In stiller Eintracht haben einigermaßen proportional Vertreter beider Lager 2005 den „Hamburger Appell“ von 250 Professoren der Volkswirtschaftslehre unterzeichnet. Beide Seiten finden es also beispielsweise richtig, dass eine „niedrigere Entlohnung der ohnehin schon Geringverdienenden“ und damit eine „verstärkte Lohnspreizung“ weiter um sich greifen.¹⁹ Beide Seiten rufen zu „äußerster Lohnzurückhaltung“ auf, da die Arbeitslosigkeit ja auf ein „Versagen der Tarifparteien“ (womit vor allem die Gewerkschaften gemeint sind) zurückgeführt werden muss, nicht etwa auf das ungebremste Renditestreben des Kapitals und des von ihm bestellten Managements, auch wenn dieses, und nicht etwa die Gewerkschaften, die Entlassungen aussprechen. Beide Seiten sind sich (erneut: von der einen oder anderen Ausnahme abgesehen) darin einig, dass, im Unterschied zu Löhnen und Gehältern, Gewinne bzw. Kapitaleinkommen niemals zu hoch sein können, weshalb von diesen Seiten ja auch niemals „Zurückhaltung“ verlangt wird.

Ökonomik als „erklärende“ Sozialwissenschaft

Diese Einmütigkeit dürfte damit zusammenhängen, dass beide Seiten die Ökonomik als eine erklären-

¹⁹ M. Funke, B. Lucke, T. Straubhaar: Hamburger Appell, 2005.

de („positive“) Sozialwissenschaft begreifen. Die „Wirtschaftspolitiker“ möchten etwa „polit-ökonomisch erklären ... , weshalb wirtschaftspolitische Institutionen versagen“²⁰ – was selbstverständlich eine ethische Klärung darüber voraussetzen müsste, in Hinblick worauf hier von einem „Versagen“ die Rede sein kann, worauf der Hinweis deuten mag, dass solche Erklärungen „ohne normative Grundlagen nicht möglich“ seien. (Dies verwundert, da systematische wirtschaftsethische Reflexionen innerhalb der Disziplin weitgehend als unerwünscht betrachtet werden; die auch im internationalen Vergleich äußerst geringe Zahl von Lehrstühlen im Fach Wirtschaftsethik, die überdies mehrheitlich von Anhängern des Ökonomismus besetzt sind, belegt dies.) Sodann gelte es die Politik über die gefundenen „Wirkungen“ und „Zusammenhänge“ (also über Wirkungszusammenhänge) „zu informieren“, um so feststellen zu können, was „in der Realität anwendbar und umsetzbar“ ist und was nicht.

Der einzige Unterscheid zu den „Mathematikern“ scheint darin zu liegen, dass diese hierfür auch mathematisch-hypothetische (statt nur „polit-ökonomische“) Erklärungen (also Modelle) heranziehen möchten. Beide sind sich darin einig, dass die Ökonomik zumindest auch (oder vor allem) eine Rezeptwissenschaft ist. Ganz so, wie die Medizin. Nur behaupten die „Ordnungspolitiker“ aus Sicht der „Mathematiker“, dass die „moderne Medizin ... fehlgeleitet“ sei „und Handauflegen besser funktioniert“.²¹

Die „Medizin“, die die Ökonomik, und zwar beider Lager, der Politik bzw. den Bürgern verabreichte,

²⁰ R. Ohr, a.a.O.

²¹ H. Uhlig: Gibt es einen Richtungsstreit in der VWL?, 7.6.2009, <http://blog.handelsblatt.de/oekonomie/eintrag.php?id=62>.

bestand darin, ihr bzw. ihnen die „unangenehmen Wahrheiten“ vorzurechnen, die der zu einer „Tatsache“ (Hamburger Appell) reifizierte Gegenstandsbereich „Wirtschaft“ berge. Durch die Erklärungen bzw. durch die daraus abgeleiteten Wenn-dann-Aussagen (etwa: „Wenn die Arbeitslosigkeit sinken soll, muss X getan werden.“) hindurch werden nämlich die Markt-machtverhältnisse einfach abgebildet und hingenommen. Dies führte zum generellen „Heilungsvorschlag“ der „Hofierung“ des Kapitals,²² da in einem unregulierten (Welt-)Markt die letzte Marktmacht beim Kapital liegt (und zwar in Form des Ausspielens der zu „Standorten“ degradierten Gesellschaften gegeneinander).

Da „Vorfahrt für Arbeit“ (Horst Köhler) Vorfahrt fürs Kapital heißt (denn dieses schafft – und zerstört – ja die Arbeitsplätze), wurden alle „überflüssigen Regulierungen“ im Finanzsektor abgebaut, wozu auch der „Ausbau des Verbriefungsmarktes“ gehörte (Koalitionsvertrag 2005). Denn je mehr Kapital im Spiel ist – das ja die ersehnten Arbeitsplätze schafft – desto größer der „Nutzen aller Marktteilnehmer“ (Koalitionsvertrag). Dass sich das Weltfinanzkapital in der Folge dieser (natürlich nicht nur von Deutschland betriebenen) Politik vervielfachte²³ und zu einem „Tsunami aus Dollars“ (Charles R. Morris) anschwell, galt als unproblematisch bzw. blieb unbeachtet. Da die erklärende, „positive“ (bzw. positivistische) Methode auf eine „Beifallssalve“²⁴ für die je-

²² H.-W. Sinn in den WSM (Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung)-Nachrichten vom 30.10.2005, S. 11, www.cesifo-group.

²³ D. Farrell, C. S. Fölster, S. Lund: Long-term trends in the global capital markets, in: The McKinsey Quarterly, Februar 2008.

²⁴ M. Weber: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, 5. Aufl., Tübingen 1982, S. 514.

weiligen Machtverhältnisse hinausläuft, wurde sich und anderen keine Rechenschaft darüber abgelegt, dass diesem Kapitalzuwachs entweder eine weitere Abschöpfung realwirtschaftlicher Wertschöpfung zugunsten des Kapitals korrespondieren musste oder die „Peitschenwirkung“ des gigantisch angewachsenen Kapitals auf die Beschäftigten im Prozess der von ihm wesentlich beschleunigten „schöpferischen Zerstörung“ (Schumpeter) zu einem ebenso gigantischen realwirtschaftlichen Wachstum hätte führen müssen.²⁵ Ebenso geriet die dritte Möglichkeit nicht auf die Radarschirme der Ökonomen, dass es sich nämlich um eine Blase gigantischen Ausmaßes handeln muss (was systematisch bedeutet, dass die Macht des Kapitals auf die stille Gegenmacht der – offenbar zunehmend erschöpften – Realwirtschaft stößt).

Wege aus der Orientierungskrise: Von der impliziten Ethik...

„Ökonomik ist Ethik“ – so hat Karl-Heinz Brodbeck²⁶ den Grundgedanken integrativer Wirtschaftsethik (Peter Ulrich) auf den Punkt gebracht, womit natürlich gemeint ist: im Guten wie im Schlechten. Die Ethik der Ökonomik (gegenwärtigen Zuschnitts) ist eine Markt-apologetik. Der implizite Ökonomismus sitzt verborgen im Erklärungsparadigma, welches die jeweiligen Marktmachtverhältnisse „wertfrei“ feststellt und diese Feststellung an seine Adressaten, die von den Akteuren im Gegenstandsbereich kategorial getrennt werden (sonst machte dies nämlich alles keinen Sinn), weiterreicht. „Wertfreiheit“ heißt nichts anderes als Apologie

²⁵ Vgl. im Einzelnen U. Thielemann: System Error. Warum der freie Markt zur Unfreiheit führt, Frankfurt a. M. 2009, im Erscheinen.

²⁶ Karl-Heinz Brodbeck: Ökonomik ist Ethik, Beiträge zu Ethik und Wirtschaft, 3. Aufl., Gröbenzell 2002, S. 18 ff.

der bestehenden (Markt-)Machtverhältnisse.²⁷

Die Gefahr, die die „Ordnungspolitiker“ sehen (unter denen sich besonders radikale Anhänger einer libertären Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung finden), dürfte darin bestehen, dass die nur noch implizit ökonomistisch geprägten Ökonomen, deren Kernparadigma der Positivismus und nicht der Ökonomismus ist, dann auf die Idee kommen könnten, den Gegenstandsbereich Wirtschaft nicht mehr durchgängig als eine erfreuliche Erscheinung zu beschreiben. Etwa indem sie finden, dass Mindestlöhne nicht „prinzipiell schlecht“ sind²⁸ (was übrigens offenkundig ebenso wie die Gegenthese eine normative Aussage ist). Oder indem sie darauf aufmerksam machen, dass „durch Öffnung von Güter- oder Arbeitsmärkten“ viele „schlechter gestellt werden“, und man diese Wettbewerbsverlierer nicht „damit vertrösten“ kann, „dass es langfristig dadurch allen bessergehen werde“.²⁹

Dies scheint der Grund zu sein, warum die „Ordnungspolitiker“ als „Hüter“ des Marktprinzips Normativität fordern. Denn die normative Gültigkeit des „Prinzips offener Märkte“³⁰ lässt sich am reifizierten Gegenstand nicht ablesen. Dieses Prinzip, das Prinzip Wettbewerb, soll aber den unerschütterlichen „normativen Kompass“ (Hüther) bil-

²⁷ Vgl. U. Thielemann: Integrative Wirtschaftsethik als kritische Theorie des Wirtschaftens. Die Unmöglichkeit der Wertfreiheit der Ökonomie als Ausgangspunkt der Wirtschaftsethik, in: M. Breuer, A. Brink, O.J. Schumann (Hrsg): Wirtschaftsethik als kritische Sozialwissenschaft, Bern, u.a. 2003, S. 89-115.

²⁸ R. Bachmann: „Ordnungsökonomik reicht nicht“, Interview, faz.net, 6.6.2009.

²⁹ G. Kirchgässner: Der Rückzug ins nationale Schneckenhaus, faz.net, 15.6.2009.

³⁰ M. Hüther: Die Krise als Waterloo der Ökonomie, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16.3.2009.

den, mit dem die Ökonomie an die Politik tritt. Sonst könnte die Politik noch auf die Idee kommen, dass die „Globalisierung“ zu „gestalten“ und eine „Weltwirtschaftsordnung“ zu errichten sei,³¹ was stets auf eine partielle Schließung der Märkte hinausläuft (sie wären weniger „offen“ für die sich „frei“ entfaltenden sollenden Marktkräfte, als sie sein könnten).

... zur expliziten Ethik – aber bitte mit Distanz zur Marktlogik

Die Ökonomie befindet sich in der Orientierungskrise. Marktdogmatiker finden sich auf beiden Seiten. So etwa bei dem „Mathematiker“ Harald Uhlig, der die Krise auf „Überregulierung“ zurückführt und meint, „wir“ hätten immer noch „zu wenig Spekulanten“,³² mit anderen Worten: es sei immer noch zu wenig Blasenkapital vorhanden. Über das „Allgemeingut der Volkswirtschaftslehre“ lohne es sich nicht mehr zu diskutieren, denn dass „Märkte eigentlich gut funktionieren“ („gut“ mit Blick worauf?) sei eine „Binsenweisheit“.³³ Großzügigerweise gibt Uhlig denjenigen, die „anderer Meinung sind“, in seinem Blog „noch einmal eine letzte Chance!“. Eine solche Ökonomie, die mit der Reflexion ihrer eigenen (normativen) Grundlagen abgeschlossen hat, ist als Wissenschaft am Ende.

Auf der anderen Seite finden sich auch unter den „Ordnungspolitikern“ Vertreter, denen die Krise Anlass ist, mit einer gewissen kritischen Distanz vom Marktprinzip zu sprechen. So sieht Joachim Starbatty in der Finanzkrise „zugleich eine Krise des derzeit dominanten

³¹ A. Merkel: Rede auf dem CDU-Parteitag, 1. Dezember 2008.

³² H. Uhlig: Die Welt-Wirtschaftskrise: Überregulierung, 18.6.2009, <http://blog.handelsblatt.de/oekonomie/eintrag.php?id=65>.

³³ H. Uhlig: Gibt es einen Richtungsstreit in der VWL?, a.a.O.

Wirtschafts- und Lebensstils“, eines „Wirtschafts- und Lebensstils“, der auch und gerade von „der modernen Volkswirtschaftslehre“ geprägt wurde.³⁴ Diese habe vergessen, dass es da auch ein „Jenseits von Angebot und Nachfrage“ (Röpke) gebe. Anzuführen wäre, dass dieses „Jenseits“ von einem „alles durchdringenden Wettbewerb“³⁵ okkupiert wird und die Gesellschaft so zu einer Marktgesellschaft mutiert (was die ökonomistisch geprägte Ökonomie bereits grundbegrifflich voraussetzt).

Wenn Angela Merkel davon spricht, dass die Weltmärkte zu „gestalten“ seien, und zwar so, dass die globale Marktwirtschaft eine „menschliche“ wird, von wem soll sie sich dabei beraten lassen? Die derzeitige Ökonomie ist dazu nicht aufgestellt. Sie müssten von ihrer „impliziten Ethik“ (Brodbeck) abrücken und zu einer expliziten Wirtschaftsethik werden, ohne gegenüber der Marktlogik voreingenommen zu sein – was übrigens nicht heißt, „Präskriptionen“ aufzustellen, sondern lediglich, dass der Gegenstand in ethisch angemessenen, nicht von vornherein beschönigenden Begriffen gefasst wird. Hierzu gehört auch die schlichte Erkenntnis, dass normative Begriffe, die Ökonomen völlig unbedarfte verwenden (wie „fruchtbar“, „wünschenswert“, „vernünftig“, „Versagen“ usw.), ethisch-methodisch zu reflektieren sind. Und natürlich gehört dazu auch die Erkenntnis, dass sich nicht ausrechnen lässt, was „wichtig“ ist.³⁶

³⁴ Joachim Starbatty: Warum die Ökonomen versagt haben, 5.11.2008, www.hayek.de.

³⁵ W. Röpke: Jenseits von Angebot und Nachfrage, 4. Aufl., Erlenbach 1966, S. 188.

³⁶ Dies scheint allerdings R. Bachmann (a.a.O.) zu meinen, wenn er formuliert: „Wenn man glaubt, dass politische und kulturelle Rahmenbedingungen wichtig sind: bitte in das Modell einbauen“.